

DRINGLICHKEITSANTRAG

Scentral / Herrngarten – Sicherheit und Hilfe gemeinsam stärken

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Bündelung der Szene an betreuungsgeeigneten Standorten

Der Magistrat entwickelt ein Konzept, um der offenen Drogenszene einen geeigneten Aufenthaltsplatz anzubieten und sie dadurch aus sensiblen Bereichen wie Wohnquartieren herauszuhalten. Durch attraktive niedrigschwellige Hilfsangebote am Scentral wird die Szene an einem zentralen, kontrollierbaren Ort gebündelt. Durch das Zusammenspiel von Angebot und ordnungspolitischer Grenzen werden sowohl die Rechte der Drogenkranken und der Anwohnenden berücksichtigt.

2. Konsumraum und Inhalationszone mit Betreuung

Der Magistrat wird beauftragt, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 10a Betäubungsmittelgesetz (BtMG) sowie die einschlägige hessische Rechtsverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen zu prüfen und – bei positiver Bewertung – am Scentral einen überwachten Konsumraum für den intravenösen Konsum mit medizinischer und sozialer Betreuung einzurichten. Ziel ist es, Konsumentinnen und Konsumenten vor Infektionen und Überdosierungen zu schützen, niedrigschwellige Zugänge in Hilfen zu schaffen und den öffentlichen Raum von Konsumhandlungen und gefährlichen Hinterlassenschaften zu entlasten.

Bezüglich Konsumräume für Crack soll zunächst in anderen größeren Städten beobachtet werden, wie sich diese auswirken.

Bei positiver Prüfung sind Planung, Finanzierung und Umsetzung unverzüglich einzuleiten.

3. Erweiterung und Neuordnung des Außenbereichs des Scentral

Der Magistrat wird beauftragt, den Bereich außerhalb des Scentral räumlich begrenzt zu erweitern und klar zu strukturieren, um Elemente des Zürcher Modells umzusetzen. Dabei sollen insbesondere ein betreuter Aufenthaltsbereich zur sozialen Stabilisierung und Kontaktarbeit (niedrigschwellig, betreut) sowie eine Inhalations-/Rauchzone (einschließlich Crack) geschaffen werden, in welcher der inhalative Konsum geduldet erfolgen kann.

Eine entsprechende Planung ist zu erstellen und den Gremien zum Beschluss vorzulegen.

4. Einrichtung niedragschwelliger Notschlafplätze im/angeschlossen an das Scentral.

Ziel ist die kurzfristige Entschärfung von Ausnahmesituationen, Schutz vor Verelendung und eine bessere Anbindung an Hilfen. Schaffung von Tagesruhebetten im Scentral zur Unterstützung der insbesondere Crack-Konsumierenden um zur Ruhe kommen zu können.

5. Verstärkte Überwachung und Schutz sensibler Bereiche

Der Magistrat stellt in enger Kooperation mit Polizei und Gefahrenabwehrbehörde sicher, dass offene Konsum- und Dealeraktivitäten in Parks, auf Spielplätzen, an Schulwegen und in Wohnquartieren konsequent unterbunden werden.

Dazu sind Präsenz und Kontrollen flexibel an das Lagebild anzupassen und bei Bedarf jederzeit kurzfristig zu verstärken. Bauliche Maßnahmen wie bessere Beleuchtung, Grünschnitte und klare Sichtachsen ergänzen den Schutz.

Zudem ist die Überwachung der angrenzenden Wohngebiete, insbesondere im Johannesviertel sicherzustellen.

Dazu gehört auch eine verstärkte Repression gegen Handel & Sauberkeit gegen die Dealer im Umfeld der Szene. Dazu stellt der Magistrat sicher, dass eine konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten erfolgt. Zudem wird eine flexible, bedarfsgerechte Reinigung im Herrngarten und angrenzenden Quartieren sichergestellt, um einen gepflegten Zustand herzustellen. Hierfür sind perspektivisch auch zusätzliche Ressourcen bei der Stadtpolizei zu schaffen.

6. Verzahnung der Vier-Säulen-Strategie und Sicherung des „Darmstädter Weges“

Der Magistrat stellt sicher, dass die Vier-Säulen-Strategie – Prävention, Therapie, Schadensminderung/Überlebenshilfe sowie Repression/Regulierung – als verbindliche Leitlinie für alle Fachämter dient und auf dieser Grundlage ein maßnahmen- und ressortübergreifender Umsetzungsplan erarbeitet wird. Dieser Plan umfasst insbesondere Substitution, Streetwork, Hygiene/Entsorgung, Drug-Checking-Perspektive sowie Übergänge in Wohnen und Arbeit und bindet die AG Sicherheit und Prävention eng ein.

Dabei ist ausdrücklich sicherzustellen, dass der erfolgreiche „Darmstädter Weg“ mit seiner eng verzahnten Zusammenarbeit von Sozialarbeit und Sicherheitsbehörden konsequent fortgesetzt und weiterentwickelt wird – ein Ansatz, der wiederholt von der Polizei und anderen Fachstellen lobend hervorgehoben worden ist. Ziel ist, die hohe Wirksamkeit dieses Modells zu sichern, Transparenz und Akzeptanz zu stärken und gleichzeitig Prävention, Hilfe und Ordnung wirksam miteinander zu verknüpfen.

7. Temporärer Projektbeirat & Beteiligung

Einrichtung eines Projektbeirats aus Scentral, Anwohnervertretungen, Polizei, Ordnungsbehörde, Streetwork, Verwaltung und zuständigen Dezernaten als Ergänzung zur AG Sicherheit und Prävention. Monatliche Sitzungen, bei Bedarf Sondersitzungen. Parallel entwickelt der Magistrat feste Ansprechstellen, Rückmeldeschleifen und Transparenzseiten (Lagebilder, Fortschritt), um Nachbarschaft und Gewerbe einzubinden.

8. Wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Kennzahlen

Der Magistrat richtet eine wissenschaftliche Begleitung und ein Monitoring ein, das in Abständen von 12 und 24 Monaten der Stadtverordnetenversammlung berichtet. Ziel ist die objektive Bewertung von Konsumentenzahlen, Konsummustern, Kriminalitätsentwicklung, Hilfebedarfen und der Wirksamkeit der Maßnahmen. Das Monitoring erfolgt unter Einbeziehung der AG Sicherheit und Prävention und soll insbesondere folgende Indikatoren enthalten:

- Zahl der Kontakte/Erstkontakte im Scentral und Zuweisungen in Behandlung/Substitution,
- Notfälle und Überdosierungen im Scentral versus öffentlicher Raum,
- Rückgang des offenen Konsums und der Dealeraktivitäten an definierten Plätzen,
- Beschwerdenlage und Objektivierung von Störungen (Sauberkeit, Spritzenfunde),
- Inanspruchnahme von Notschlafplätzen.

Dieses Vorgehen schafft eine valide Datengrundlage für Steuerung, Transparenz und kontinuierliche Anpassung der Maßnahmen. 8. Austausch und Best-Practice-Transfer Darmstadt beteiligt sich aktiv am Deutschen Städtetag, um Erfahrungen anderer Städte (Frankfurt, Hamburg, Hannover) einzubeziehen und fehlende gesetzliche Grundlagen beim Bund einzufordern.

9. Prävention für Jugendliche ausweiten

Der Magistrat prüft Möglichkeiten, eine gezielte Schärfung und Ausweitung von Präventionsmaßnahmen für junge Menschen in Schulen, Jugendzentren, Sportvereinen und über soziale Medien in enger Kooperation mit Polizei und Fachstelle Suchtprävention, um Risiken harter Drogen frühzeitig aufzuzeigen und Schutzmöglichkeiten zu vermitteln.

10. Zeit- und Finanzierungsplan

Der Magistrat legt bis spätestens 31.12.2025 einen verbindlichen Zeitplan vor (inkl. Personal, Investitions- und Betriebskosten, Förderoptionen Land/Bund/EU) und sichert die Beteiligung der Trägerlandschaft sowie der Nachbarschaft.

Begründung

I. Sicherheit und Gesundheit zusammen denken

Der Antrag vereint Ordnung und Hilfe – zwei Seiten derselben Medaille. Er baut auf dem erfolgreichen „Darmstädter Weg“ auf und verschärft die Reaktionsfähigkeit angesichts der Crack-Problematik: räumliche Konzentration statt Verlagerung, klare Regeln im öffentlichen Raum, gezielte Hilfen und Prävention, eng abgestimmte Sicherheits- und Sozialarbeit, Schutz sensibler Bereiche und wissenschaftlich fundierte Steuerung.

Dabei wird ein besonderer Fokus auf den Schutz der Bürgerinnen und Bürger gelegt. Es gilt das Prinzip: Jede und jeder, der Hilfe benötigt, soll diese erhalten – jedoch nicht zu Lasten der Anwohnerinnen und Anwohner.

Zusätzlich werden Sauberkeit und Sicherheit als eigenständige Handlungsfelder gestärkt: sensible Bereiche wie Parks, Spielplätze und Schulwege sollen durch konsequente Präsenz, bauliche Maßnahmen und flexible Reinigungszyklen wiederhergestellt und dauerhaft gepflegt werden. So entsteht ein sichtbarer Beitrag zu Ordnung, Hygiene und Sicherheit im Quartier und zur Rückgewinnung belasteter öffentlicher Räume für die Allgemeinheit.

II. Warum die Erweiterung am Scentral der richtige Hebel ist?

Das Scentral ist schon heute der zentrale Ankerpunkt für niedrigschwellige Hilfen. Eine Erweiterung des Klient*innenhofs ermöglicht es, Ströme gezielt zu lenken: kontrollierter Konsum in geschützten und klar definierten Bereichen innen und außen, klare No-Go-Zonen im öffentlichen Raum. Auf diese Weise wird eine Zersplitterung und Dezentralisierung der Szene ins gesamte Stadtgebiet vermieden, die Erreichbarkeit für Streetwork und Polizei gesichert und die Akzeptanz in der Nachbarschaft deutlich gesteigert.

Der Oberbürgermeister hat mit seinem Alleingang die Planungen für Anpassungen im Außengelände zu stoppen eine Lösung für die Parkbesucher und Anwohner in weite Ferne geschoben. Es ist daher geboten, dass die Stadtverordnetenversammlung hier Position bezieht und die zuständigen Dezernent*innen Barbara Akdeniz und Paul Wandrey in die Lage versetzt die Situation zu ordnen und Störfeuer aus dem OB-Büro abzuwenden.

III. Kommunikation & Beteiligung

Der Magistrat entwickelt eine Anwohner- und Gewerbedialog-Linie (u. a. feste Ansprechstellen, schnelle Rückmeldeschleifen, Sauberkeits- und Spritzenfund-Meldewege) sowie eine Transparenzseite (Lagebilder, Maßnahmenfortschritt). Das schafft Verlässlichkeit und Rückhalt.

IV. Notschlafplätze – warum sie Ordnung und Hilfe stärken

Niedrigschwellige Notschlafplätze verhindern, dass Menschen in Ausnahmesituationen in den öffentlichen Raum ausweichen müssen, und schaffen Planbarkeit für Ordnungskräfte und Hilfesystem. Erfahrungen u. a. aus Frankfurt zeigen, dass Nacht-/Notschlafangebote Konflikte im Quartier reduzieren und Anschluss an Hilfen verbessern – ein Gewinn für Anwohner:innen und Gewerbe.

V. Haltung der Koalition – klare Grenzen, klare Angebote

Die Koalition hat schnell, handlungsfähig und abgestimmt reagiert und legt mit diesem Antrag konkrete, aufeinander abgestimmte Vorschläge vor, die der aktuellen Lage gerecht werden. Da es bundesweit kein passgenaues Erfolgsmodell gibt, das sofort funktioniert, gilt es verantwortungsvoll abzuwägen, welcher Weg für Darmstadt der erfolgreichste sein wird.

Gegenüber Anwohner:innen & Gewerbe: Offener Konsum und Handel im öffentlichen Raum werden nicht geduldet. Präsenz, Kontrolle und konsequentes Einschreiten – eng verzahnt mit dem Verweis auf die Angebote des Scentral – sichern Lebensqualität, Sauberkeit und Sicherheit in Parks, Plätzen und Einkaufszonen.

Gegenüber drogenkranken Menschen: Wir bieten sichere Orte, pädagogische Begleitung, Streetwork, medizinische Nähe (u. a. Notfallmanagement), Übergänge in Substitution/Therapie und einen würdevollen Umgang. Schadensminderung rettet Leben und öffnet Türen zur Stabilisierung.

Evaluation und Wirksamkeit: Wir orientieren uns an Best Practices, definieren klare Kennzahlen, sichern Transparenz (Berichte nach 12/24 Monaten) und passen die Maßnahmen dynamisch, datenbasiert und pragmatisch an.

VI. Rechtlicher Rahmen – Was ist zulässig?

Der Bund erlaubt Drogenkonsumräume ausdrücklich (§ 10a BtMG). Die Länder, darunter Hessen, regeln Mindeststandards (medizinische Notfallversorgung, Hygiene, Dokumentation, Einbindung ins Hilfesystem). Auf dieser Grundlage können

intravenöse Konsumsettings verantwortbar betrieben werden. Unser Auftrag stellt die sorgfältige Prüfung voran und bindet alle Akteure ein.

VII. Zürcher Modell – das Erfolgsprinzip der Vier Säulen

Zürichs Drogenpolitik gilt international als praxisbewährt: Prävention, Therapie, Schadensminderung (inkl. Kontakt- und Konsumräume) und Regulierung/Repression wirken integriert. Ergebnis ist nicht „Nachsicht“, sondern Funktionsfähigkeit: weniger offene Szenen, bessere Gesundheitsindikatoren, mehr Zugänge in Hilfen – bei klarer Durchsetzung im öffentlichen Raum.

VIII. Evidenzbasierte Effekte von Drogenkonsumräumen

Europaweite Auswertungen zeigen: Drogenkonsumräume reduzieren Infektionsrisiken, verhindern Überdosierungstote, vermitteln schwer erreichbare Konsumierende in Behandlung und entlasten öffentliche Räume. Viele Einrichtungen verfügen heute über getrennte Injektions- und Rauchbereiche, weil sich Konsummuster (u. a. Crack) verändert haben – ein Aspekt, den wir im Scentral gezielt aufgreifen.

Begründung der Dringlichkeit

Den von den Fraktionen Bd. 90/Die GRÜNEN, CDU und Volt am 16.09.2025 fristgerecht eingereichten Antrag "Scentral / Herrngarten – Sicherheit und Hilfe gemeinsam stärken" stellen wir hiermit erneut als Dringlichkeitsantrag.

Die Dringlichkeit begründet sich aus dem Ziel des Antrags eine kurzfristige Entschärfung der aktuellen Ausnahmesituation für alle Beteiligten (Suchtkranke, Anwohnende und Parkbesuchende) im Herrngarten zu schaffen, er ist als besonders zeitkritisch anzusehen.

Eva Bredow-Cordier und Philipp Löwel
Fraktionsvorsitzende Bd. 90/Die GRÜNEN

Yücel Akdeniz, Ulrike Rüger, Andreas Ewald, Stefan Opitz, Stefanie Scholz-Willenbockel, Malena Todt, Hildegard Förster-Heldmann, Dr. Jürgen Deicke, Heike Böhler, Susanne Rihm, Stefan Seyfried, Sandra Seeger, Eda Kurt, Miriam Albert, Axel Eppich, Claudia Stricker und Thomas Tramer
Stadtverordnete Bd. 90/Die GRÜNEN

Caroline Groß und Annette Brunert
Fraktionsvorsitzende CDU

Peter Franz, Roland Desch, Isabelle Zybok, Hartwig Jourdan, Hans Wegel, Ctirad Kotoucek, Prof. Dr. Carl Christoph Schimanski, Clemens Middel
Stadtverordnete CDU

Ana Lena Herrling und Frederik Jobst
Fraktionsvorsitzende Volt

Nicolas Kämmerer, Franziska Schäffer, Robin Hueber
Stadtverordnete Volt